

Einzelpreis 5,- €

*Wir***Kommunalen**

Praxismagazin für Politik in Stadt und Land

1/16



**FLÜCHTLINGSMANAGEMENT
UND KOMMUNALE PRAXIS**

17 ZIELE FÜR EINE GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNE

Mit der 2030-Agenda haben die Vereinten Nationen einen ambitionierten Katalog von 17 Zielen vorgelegt, mit denen die Weltgemeinschaft in den nächsten 15 Jahren ökonomisch, ökologisch und sozial zukunftsfähig gemacht werden soll. Die neuen Ziele erfordern es, die Kommunen explizit mit einzubeziehen und globale, nationale wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik wirksam miteinander zu verstricken. Als Impulsgeber für kommunales Engagement ist es die Aufgabe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt Städte, Kreise und Gemeinden bei der Umsetzung der Ziele zu unterstützen.

1 KEINE ARMUT



2 KEINE HUNGRERNOT



3 GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG



4 HOCHWERTIGE BILDUNG



5 GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER



6 SAUBERES WASSER UND SANITÄRE EINRICHTUNGEN



7 ERNEUERBARE ENERGIE



8 GUTE ARBEITSPLÄTZE UND WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM



9 INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



10 REDUZIERT UNGLEICHHEITEN



11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



12 VERANTWORTUNGSVOLLER KONSUM



13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



14 LEBEN UNTER DEM WASSER



15 LEBEN AN LAND



16 FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT



17 PARTNERSCHAFTEN, UM DIE ZIELE ZU ERREICHEN



UNSERE ANGEBOTE:

- kommunale Veranstaltungen und Informationen zur 2030-Agenda und den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen
- Förderung, Beratung und Begleitung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse
- Unterstützung bei der Erstellung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien
- Praxisleitfäden und Studien

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Engagement Global gGmbH | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | Tel. 0228 20 717-330
info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

mehr als eine Million Menschen sind im letzten Jahr nach Deutschland geflohen. Sie aufnehmen, unterbringen, integrieren – dabei spielen Kommunen die Schlüsselrolle. Städte, Gemeinden und Landkreise bemühen sich mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nach Kräften und stehen dabei oft am Rande der Überforderung.

Deshalb widmen wir dem Thema Flüchtlinge ein überparteiliches Sonderheft von „WirKommunalen“. Jenseits der tagesaktuellen Debatten um Obergrenzen und europäische Lösungen steht hier das kommunale Handeln im Mittelpunkt. Wir zeigen gute Beispiele und mögliche Lösungswege, die vor Ort gefunden wurden.

Den Auftakt macht die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Sie hat eine Vielzahl von Praxisbeispielen analysiert und liefert Denkanstöße zum kommunalen Flüchtlingsmanagement (Seiten 4 und 5). Weiter geht es mit der Unterbringung: Welche Möglichkeiten haben Kommunen, schnell und nachhaltig Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen (Seiten 6 und 7)?

Außerdem widmen wir uns den Themen Bildung und Arbeit. Es ist bekannt, dass das zwei entscheidende Faktoren für erfolgreiche Integration sind. Warum also nicht Flüchtlinge zu Sicherheitspersonal ausbilden (Seiten 10 und 11)? Und das Bundesforschungsministerium fördert Integrationskoordinatoren für Kommunen. Sie vernetzen die Bildungsakteure vor Ort und stimmen Angebote und Bedarfe aufeinander ab (Seite 12). Auf Seite 13 stehen Kinder im Mittelpunkt. In Mönchengladbach bereitet das Projekt „Mogli“ sie schon in den Flüchtlingsunterkünften auf den Alltag in den deutschen Kitas vor.

Auch die Verwaltung spielt eine wichtige Rolle bei der Versorgung von Flüchtlingen. Doch bestehende IT-Lösungen sind oft nicht darauf ausgelegt. Gefragt sind deshalb neue oder eigens an Flüchtlingsunterkünfte angepasste Verwaltungssysteme (Seite 16). Und wo findet man kurzfristig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Kommunalverwaltung, für Schulen und Kitas? Sie fehlen nach Jahren des Personalabbaus im öffentlichen Sektor (Seiten 18 und 19). Außerdem: Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor Ort sind unverzichtbar. Das Welcome Center der Initiative „Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf“ ist Anlaufstelle für alle, die sich engagieren wollen (Seite 20).

Im Ausblick führen wir die Themen Flucht und kommunale Entwicklungspolitik zusammen. Hier geht es um Handlungsmöglichkeiten vor Ort im globalen Kontext. So kann die problemzentrierte Sichtweise auf die Geflüchteten und ihre Stigmatisierung als Hilfsbedürftige überwunden werden.

Es ist uns bewusst, dass wir mit unserer Sonderausgabe nur eine kleine Auswahl von Projekten vorstellen können. Trotzdem hoffen wir, dass wir Ihnen damit Ideen vorstellen, die vor Ort helfen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Freude beim Lesen!

Henning Witzel



IMPRESSUM

PROJEKTLEITUNG UND VISDP: **HENNING WITZEL** NETWORK MEDIA GMBH, BÜLOWSTRASSE 66, 10783 BERLIN

REDAKTION: **GERO FISCHER, BIRGIT GÜLL** ANZEIGEN: **KERSTIN BÖHM**

LAYOUT: **JANA SCHULZE** GRAFIK@JANASCHULZE.DE TITELBILD: **YURI ARCURS/PEOPLEIMAGES.COM**

DRUCK: **DRUCKEREI VETTERS** GUTENBERGSTRASSE 2, 01471 RADEBURG ERSCHEINUNGSTERMIN: **APRIL 2016**

INTEGRATION WIRD ZUR SCHICKSALSFRAGE

Die hohe Anzahl an Flüchtlingen erfordert kollektive Anstrengungen aller öffentlichen Aufgabenträger. Auf der kommunalen Ebene werden die Problemlagen allerdings besonders sichtbar.

MATTHIAS KREUTZER, ANDREAS PAMP, MATTHIAS WIELIKI



Weiterhin akut bleibt das Problem, die geflüchteten Menschen kurzfristig unterzubringen. Viele Kommunen arbeiten daran, die improvisierten Notlösungen zugunsten nachhaltiger Unterbringungsalternativen aufzulösen. Oft kann die Unterbringungsfrage zumindest für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive überwiegend mit dem vorhandenen Wohnungsbestand gelöst werden, wie z.B. in Bremerhaven, Wuppertal, im Landkreis Osnabrück, in Arnsberg, Goslar und in einigen anderen Kommunen. Voraussetzung dafür ist der Überblick über die Wohnungsmarktsituation und deren Potenziale für die Flüchtlingsunterbringung. Für den Erfolg ist es wichtig, die Interessen der Vermieter zu berücksichtigen – gleich ob es sich bei den Wohnungseigentümern um Privatpersonen oder Wohnungsbauunternehmen handelt. Erwartet wird, dass die Stadt zunächst als Mieter auftritt und Schadensfälle absichert. Wohnung, Vermieter, Nachbarschaft und Flüchtlingsfamilie müssen zusammenpassen. Damit ein späterer Übergang des Mietverhältnisses auf die neuen Bewohner gelingt, sind bei der Auswahl die Vorgaben des SGB II zu beachten. Insgesamt wird die Unterbringung im Wohnungsbestand kaum teurer sein als Bau und Betrieb großer Gemeinschaftsunterkünfte. Teure Wachdienste, Brandwachen der Feuerwehr und Brandmeldeanlagen sind für Einzelwohnungen nicht notwendig.

Integration braucht Ehrenamt

Für die Integration der Flüchtlinge ist es wichtig, dass sie in der neuen Umgebung Ansprechpartner haben. Die Betreuung der Flüchtlinge durch Fachkräfte mag bei der Unterbringung aufgrund der Wegezeiten der Fachkräfte aufwendiger sein. Allerdings übernehmen dabei nachbarschaftliche Netzwerke, die entweder schon bestehen oder noch aufgebaut werden müssen, Bereiche der niederschwelligen Betreuung. Sie stellen z.B. Flüchtlinge in der Nachbarschaft vor, begleiten bei Behördengängen und stellen Kontakte zu Sportvereinen her. Damit helfen Engagierte bei der Integration und schonen zugleich die Personalressourcen der professionellen Fachkräfte, die oft nicht ausreichend vorhanden sind.

Und überhaupt – das ehrenamtliche Engagement: Für die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge spielt es eine entscheidende Rolle. Allerdings kommen nicht nur die hauptamtlichen Kräfte in den Kommunen vielfach an ihre Belastungsgrenze. Gleichermaßen trifft es die ehrenamtlichen Kräfte. Sie brauchen eine angemessene Wertschätzung und müssen informiert, qualifiziert, begleitet werden. Engagierte können den Kernbereich der anspruchsvollen Arbeit qualifizierter Fachkräfte nicht ersetzen. Doch welche Aufgaben kann das Ehrenamt leisten und wie können individuelle Potenziale sowie zeitliche Ressourcen der Engagierten optimal berücksichtigt werden? Die Koordi-

nierung des ehrenamtlichen Engagements ist ein wichtiges Zukunftsthema.

Nicht nur im Kontakt mit den aktiv engagierten Bürgerinnen und Bürgern ist gute Kommunikation entscheidend. Das berechnete Informationsbedürfnis der überwiegend verständnisvollen und hilfsbereiten Bürgerschaft erfordert zum einen flexible Kommunikationsstrukturen und zum anderen eine hohe Sensibilität. Mit gut aufbereiteten Fakten, Transparenz und einer Präsenz der Verwaltungsspitze, die die Flüchtlingssituation zu ihrem Thema macht, kann man den Aktivitäten politischer Brandstifter begegnen. Die Stadt Konstanz informiert z.B. in einer Sonderinfo die Bürgerinnen und Bürger umfassend zum Thema Flüchtlinge. Die Bürgerinformation wird im Zeitungsformat gedruckt und an alle Haushalte in der Stadt verteilt, um möglichst viele Konstanzer zu erreichen. Dabei wurde nicht nur über bereits bestehende Unterbringungsstandorte berichtet. Auf einer Karte wurde außerdem gezeigt, wo nach Auffassung der Verwaltung weitere Unterkünfte in Erwägung gezogen werden könnten. Eine möglichst frühzeitige und kurzfristige Information auch über soziale Netzwerke schafft Vertrauen.

Der Erfolg der Integration wird für Kommunen zur Schicksalsfrage. Neben operativen, praxisnahen und schnell umsetzbaren Lösungen erfordert die aktuelle Flüchtlingssituation bereits jetzt strategische Handlungsansätze. Dies gilt auch und vor allem für den Bereich der kommunalen Sozialpolitik. Wenn es Kommunen nicht gelingt, Sozialpolitik nachhaltig auszurichten und aktiv zu steuern, werden sich die Kostenentwicklungen der Vergangenheit weiter verschärfen, wie z.B. die Kosten im Bereich des SGB II (Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge) und der Jugendhilfe (Unterbringung, Betreuung unbegleiteter Minderjähriger). Im KGSt®-Bericht 1/2016 „Steuerung nachhaltiger kommunaler Sozialpolitik“ steht, was in diesem Themenfeld, unabhängig von einer notwendigen finanziellen Stärkung der Kommunen durch Bund und Land, nun zu tun ist.

Kommunalverwaltungen müssen sich entsprechend aufstellen, um die hier beschriebenen Aufgaben bewältigen zu können. Das betrifft zuerst organisatorische Fragen: Koordinieren wir die Aktivitäten

im Flüchtlingsmanagement dauerhaft über Task-Forces und Krisenstäbe? Ist die Bündelung der Aufgaben in einem kommunalen Flüchtlingsamt die richtige Lösung? Wie gestalten wir die Prozesse der Kooperation und Netzwerkarbeit mit unseren örtlichen Partnern? Wie gelingt es uns insgesamt, die Organisation Kommunalverwaltung so aufzustellen, dass sie künftig flexibel und schnell auf plötzlich auftretende, dramatische Veränderungen reagieren kann?

Kann IT einen Beitrag leisten?

Daran schließen sich Fragen des Personalmanagements an: Personalakquise im knapper werdenden Fachkräftemarkt, Beschleunigung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, Abfedern von psychischen Belastungssituationen der Mitarbeiter. Diese Fragen müssen angegangen werden. Auch ist zu klären, wie die IT einen Beitrag leisten kann. Ist vielleicht die Digitalisierung ein Teil der Lösung, wenn viele Flüchtlinge routinierte Smartphone-Nutzer sind? Fest steht, dass die Weiterentwicklung strategischer, integrierter kommunaler Planung einen anderen Umgang mit Daten erfordert. Die Datenhaltung in Silos bringt keine neuen Erkenntnisse. Sie müssen – soweit zulässig – verknüpft werden, um Steuerungsentscheidungen auf eine transparente, stabile Basis zu stellen. So konnten einige Städte bereits bei der Mittelverteilung das Prinzip „Gießkanne“ ablösen. Die Stadt Mülheim an der Ruhr nutzt dafür z.B. sogenannte Schulsozialindices.

Antworten auf diese Fragen entwickelt die KGSt gemeinsam mit Experten aus der Praxis z.B. bei der Anwendung der Methode Risikomanagement in der Flüchtlingssituation. Außerdem begleitet sie kommunale Projekte zu Themen wie z.B. der „agilen Organisation des Flüchtlingsmanagements“.

Die KGSt hat die Methode des Risikomanagements für die Flüchtlingssituation angewendet und dabei weit über 100 Steuerungsmaßnahmen mit kommunalen Experten entwickelt:

www.kgst.de/aktuelles/nachricht/fluechtlingsmanagement-risiken-und-steuerungsmassnahmen.dot

Mitglieder der KGSt erhalten einen kostenlosen Zugang zu einer Risikomanagement-Datenbank.

Die Autoren sind Mitglieder des neu gegründeten Kompetenzteams Flüchtlingsmanagement der KGSt. Es unterstützt die KGSt-Mitglieder als Wissens- und Austauschplattform bei der Bewältigung vieler Herausforderungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. Das Team bereitet gute Beispiele aus anderen Kommunen in relevanten Themenfeldern auf und stellt die Ergebnisse in einer Online-Datenbank zur Verfügung. Begleitend dazu entstehen laufend weitere schnelle und pragmatische Hilfestellungen und Veröffentlichungen mit und für Mitgliedskommunen.

Matthias Kreutzer Telefon: 0221 37689-43, Matthias.Kreutzer@kgst.de
Andreas Pamp Telefon: 0221 37689-25, Andreas.Pamp@kgst.de
Matthias Wieliki Telefon: 0221 37689-36, Matthias.Wieliki@kgst.de



Das „Blauer Dorf“ in Bremen hat sich gut in den Ortsteil Grohn eingefügt.

MENSCHENWÜRDIG LEBEN

Architekten in der ganzen Republik haben Ideen für eine städtebaulich interessante Unterbringung von Flüchtlingen

ULF BUSCHMANN

Schmucklose Zelte, graue Wohncontainer – Svetlana Holz und Sophie Diener können es nicht gutheißen, wie Flüchtlinge oftmals untergebracht sind. Das geht auch anders, haben sich die beiden angehenden Architektinnen gesagt, machten Alternativen zum Thema der Masterarbeit ihres Architekturstudiums. Damit stehen die beiden jungen Frauen nicht allein, denn Architekten in der ganzen Bundesrepublik haben Ideen, wie Schutzsuchende vorübergehend oder dauerhaft ein sicheres Dach über dem Kopf haben können. Die besten Ideen sind von Mai bis November bei der Architekturbiennale in Venedig zu sehen. Was sowohl Svetlana Holz und Sophie Diener als auch ihre Kolleginnen und Kollegen in den Architektenbüros am Herzen liegt, sind die dauerhafte Nutzung der Einrichtungen und das Einfügen ins Stadtbild.

„Baut ihnen Heimat“

Neue Lebensräume für Flüchtlinge benötigen neue Hausformen. Dies ist einer der Leitgedanken, die Svetlana Holz und Sophie Diener in ihrer Arbeit formuliert haben. Titel: „Baut ihnen Heimat“. Im Wesentlichen geht es dabei um den neuen, zukunftsweisenden Entwurf einer Erstaufnahmeeinrichtung mit entsprechenden Ablegern für 400 bis 700 Menschen. Entstanden könnte das alles in Köln-Ehrenfeld,

wo die beiden Frauen Einzel- statt Massenunterkünfte geplant haben.

Sie lassen sich je nach Umfeld durch ein von Svetlana Holz und Sophie Diener erdachtes Baukastensystem immer wieder anders gestalten. Den Grundriss bildet das Hofhaus, das in vielen Kulturen verankert sei, schreiben die beiden Frauen in einem Aufsatz der Zeitschrift „der architekt“. Die Unterkünfte sind danach so geplant, dass sie „implantiert werden in das bestehende Stadtgefüge“, sagt Svetlana Holz. Sie und

ihre Partnerin Sophie Diener legen Wert darauf, dass später ein Rückbau oder eine andere Nutzung möglich ist – zum Beispiel als günstige Wohnungen für Studenten.

Bei der Architekturbiennale

Ebenso nachhaltig denken die Ideengeber für eine Reihe von Projekten, die das Deutsche Architekturmuseum (DAM) in den vergangenen Monaten gesammelt hat. „Bauen für Flüchtlinge und Migranten“ heißt das Ganze. „Das Ziel bestand darin, in der gegenwärtigen Flüchtlingslage einen Überblick zu gewinnen, welche Rolle Architektur und Städtebau bei der dringend benötigten Bereitstellung von Unterkünften und Wohnungen einnehmen.“ Zusammengekommen sind mehr als 50 Ideen und Projekte, die entweder in der Planung sind oder bereits realisiert werden. Dabei, so das DAM, zeige sich, dass Architektur und Städteplanung trotz des Drucks der Kommunen in dieser



In Essen ist eine modellhafte Erstaufnahmeeinrichtung für 800 Menschen entstanden.



In Hannover gibt es seit Beginn des Jahres Unterkünfte aus Holzmodulen. (o.l.)

Die Stadt München kombiniert Leichtbauhallen und Container miteinander. (o.r.)

„Bike without Borders“ heißt das Projekt in Karlsruhe. (l.)

Frage wichtig sind. Alle Projekte sind in einer Datenbank unter der Internetadresse www.makingheimat.de einzusehen. Unter diesem Namen präsentiert das DAM die Ideen auch bei der Architekturbienale in Venedig vom 28. Mai bis 27. November 2016.

Darunter finden sich vier richtungweisende Projekte aus Karlsruhe, Bremen und Hannover, München und Essen. Die Badener haben zum Beispiel das Projekt „Bike without Borders“ ins Leben gerufen. Der gleichnamige Verein hat sich dem Fitmachen von Fahrrädern für Flüchtlinge verschrieben. Hierzu ist ein Bau zur Lagerung, Unterbringung des Werkzeugs und Reparatur der Fahrräder notwendig.

Das „Blaue Dorf“

Viel Beachtung haben auch Container-Wohnanlagen zur Erstunterbringung von Flüchtlingen in Hannover und Bremen gefunden. Dieses modulare Wohnkonzept aus Containern ist für 102 bis 180 Bewohner gedacht. Erste Erfahrungen zeigen, dass sich die jeweiligen Einrichtungen nicht nur architektonisch, sondern auch sozial in den Stadtraum einfügen. Hierzu gehört zum Beispiel das „Blaue Dorf“ im Bremer Ortsteil Grohn. Die Nutzung ist für zunächst fünf Jahre geplant.

Als Alternative zu Metallcontainern wird es in Hannover eine Unterbringung in Holzmodulen geben. Auch sie sind je nach Lage und Ort unterschiedlich einsetzbar. Die Ideengeber weisen besonders darauf hin, dass Holz ökologischer und somit nachhaltiger nutzbar sei als Contain-

ner. Und: Eine Nachnutzung als Kindertagesheim oder Altenheim wird ausdrücklich betont.

In der bayerischen Landeshauptstadt München kommt eine Kombination von Leichtbauhallen und Containern zum Einsatz. Dabei setzen die Macher nicht nur auf eine angenehme Gestaltung des Äußeren. Auch die Innenarchitekten sind gefordert, um den Menschen das meistens nicht geplante neue Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Ein Musterprojekt gibt es in der Stadt Essen. Dort sind zehn Wohn- sowie weitere Multifunktionsgebäude und Räumlichkeiten für die Registrierung und die Gesundheitsuntersuchung für 800 Menschen entstanden. Im Gegensatz zu bisherigen Einrichtungen präsentiert sich die Anlage mit verschiedenfarbigen kleinteiligen Teilkomplexen. Zur Verfügung stehen überwiegend Räume für vier Personen und für alleine reisende Frauen mit Kindern. Auch für die kurzfristige Unterbringung Minderjähriger ist gesorgt. Selbst die Möglichkeit zur Einrichtung eines Quarantänebereiches ist geschaffen worden. Die Laufzeit des Projekts besteht 25 Jahre.

Einen ganz anderen Weg hat die Stadt Dortmund beschritten. Laut Internetseite www.dortmund.de hat die Stadt zwei ehemalige Flusskreuzfahrtschiffe zur Unterbringung von Flüchtlingen gechartert. Der Vorteil sei unter anderem, dass dort Zweipersonen-Kabinen zur Verfügung stünden – mit „guter Privatsphäre“.

Weitere Infos
www.makingheimat.de
www.dortmund.de

ANZEIGE

DEUTSCHE INDUSTRIEBAU | GROUP

JAHRES-CHARTER MODULGEBÄUDE BIS 40% UNTER NP!



**Mobile massive
Unterkünfte für
Asylsuchende**



**Repräsentative
Universitäten
& Schulen**



www.deutsche-industriebau.de • 0 29 42 / 98 80 0

WER BAUT, DER BLEIBT

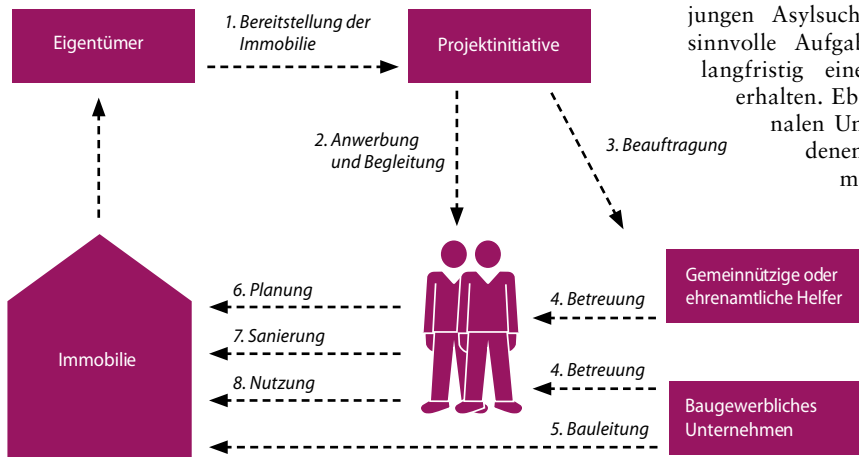
Integration durch gemeinsames Bauen

CHRISTINE KÄMMERER UND TIM RIENIETS, STADTBAUKULTUR NRW

Alle reden über die Integration von Flüchtlingen und darüber, wie man schnell neuen Wohnraum für sie schaffen kann. Meistens werden diese beiden Herausforderungen allerdings getrennt betrachtet, obwohl sie einander bedingen und nur durch eine gemeinsame Strategie erfolgreich und nachhaltig bewältigt werden können. Die aktuellen Diskussionen

drehen sich vorrangig um die Schaffung von Wohnungsneubau in den Großstädten und Ballungsgebieten, deren Wohnungsmarkt ohnehin schon angespannt ist. Fast völlig außen vorgelassen werden hingegen Kommunen auf dem Land oder in den Peripherien, die aufgrund des demografischen Wandels unter rückläufigen Bevölkerungszahlen und hohen Leerstandsquoten leiden. Gerade für sie kann die Zuwanderung von Flüchtlingen aber eine Chance sein, neue Bewohner zu gewinnen und Leerstände zu beseitigen. Aber dazu bedarf es kluger Konzepte, denn solange es keine Residenzpflicht gibt, zieht es die Flüchtlinge in die großen Städte und nicht in die ländlichen Gemeinden.

Ein Konzept, das die vielschichtigen Aspekte der Integration berücksichtigt,



hat die Landesinitiative StadtBauKultur NRW für eine Kleinstadt in Ostwestfalen entwickelt. In dem geplanten Projekt sollen Flüchtlinge gemeinsam mit ehrenamtlich engagierten Bürgern und mit Studierenden der Hochschule Ostwestfalen-Lippe ein nur noch eingeschränkt marktfähiges Haus sanieren. Das Erdgeschoss soll anschließend allen offen stehen. Die Möglichkeiten reichen von Seminarräumen für Sprachkurse bis zum gemeinschaftlich betriebenen Café. In einer zweiten Projektphase sollen die Obergeschosse zu Wohnungen ausgebaut und bestenfalls an leibewillige Flüchtlinge vermietet werden. Der gesamte Planungs- und Bauprozess ist als integrative Maßnahme gestaltet: Schon das Nutzungskonzept wird zusammen entwickelt,

sodass die Interessen alter und neuer Einwohner berücksichtigt werden können.

Wichtiger Bestandteil des Projektes ist zudem die Qualifizierung von Flüchtlingen. Diese erfolgt zum einen durch die Beschäftigung von Flüchtlingen als Praktikanten oder Auszubildende in den beauftragten Handwerksbetrieben. Dadurch wird das Potenzial insbesondere der jungen Asylsuchenden genutzt, die eine sinnvolle Aufgabe und vor allem auch langfristig eine berufliche Perspektive erhalten. Ebenso profitieren die regionalen Unternehmen im Bausektor, denen es oft an Auszubildenden mangelt.

Zum anderen werden einfache handwerkliche Tätigkeiten, die auch durch ungelernete Kräfte geleistet werden können, von Flüchtlingen, Studierenden und Ehrenamtlichen selbst erbracht. Durch diese enge Einbeziehung in

die Baumaßnahmen können nicht nur die Baukosten gering gehalten werden. Zudem stärkt das „Selberbauen“ die Identifikation mit dem Projekt und trägt durch die gemeinsamen Aktivitäten weiter zur Integration bei. Sprachliche und kulturelle Barrieren können abgebaut und ein gemeinschaftlicher Erfahrungsschatz geschaffen werden. Und ein Ort, den man selbst mit viel Eigenleistung und Herzblut gestaltet hat, stärkt die Verbundenheit und kann zur neuen Heimat werden.

Planungs- und Bauprozess als integrative Maßnahme

Getragen wird das Projekt durch einen Zusammenschluss von Kommune, Hochschule Ostwestfalen-Lippe, StadtBauKultur NRW und weiteren Partnern. Die Immobilie wird von der privaten Eigentümergemeinschaft für die Dauer des Projekts zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat hat sich bereits für die Durchführung des innovativen Konzeptes ausgesprochen. Sollte nun auch die erforderliche Förderung aus Landesmitteln bewilligt werden, könnte bereits im Sommer mit der Realisierung begonnen werden. Der Prozess wird von StadtBauKultur NRW begleitet und dokumentiert, damit auch andere von den Erfahrungen aus dem Pilotprojekt profitieren können. Bereits jetzt haben einige Kommunen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen großes Interesse gezeigt, das Modell zu adaptieren.



Ein Ort, den man selbst gebaut hat, kann leichter zur neuen Heimat werden.

Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020
www.stadtbaukultur.nrw.de

Unkompliziert und schnell

Flüssiggasversorger PROGAS unterstützt Wärmeversorgung von Asylunterkünften mit mobilen Heizanlagen.

Durch die hohe Zahl von Flüchtlingen stehen kommunale Behörden oftmals vor der Herausforderung, schnellstmöglich Unterkünfte zu schaffen: zum Teil auf der „grünen Wiese“ ohne festen Anschluss an das Strom- und Gasversorgungsnetz. Das Dortmunder Unternehmen PROGAS sichert die Wärmeversorgung vieler dieser Menschen – schnell und unkompliziert – mit der Bereitstellung mobiler Heizanlagen für große Tragflughallen und Containeranlagen. Diese kommen zurzeit an vielen Standorten in ganz Deutschland erfolgreich zum Einsatz: von Hamburg im Norden über Düsseldorf und München bis zur österreichischen Grenze.

„Angesichts der Notsituation kommen wir den Gemeinden mit einer unkomplizierten Abwicklung und besonderen Konditionen entgegen. Gerade im freien Gelände erweist sich Flüssiggas als ideale Lösung, weil es sich problemlos überall hin transportieren lässt“, erklärt Stefan Prechtel, Bereichsleiter von PROGAS, einem der führenden Flüssiggasversorger in Deutschland. Während für eine Erdgasversorgung aufwändig Leitungen verlegt werden müssen, sind die mobilen Heizanlagen innerhalb von nur einer Woche angeschlossen und einsatzbereit.

Stabil im Boden verankerte Tragflughallen bieten Platz für bis zu 300 Menschen und eine wesentlich höhere Aufenthaltsqualität als ungenutzte Sport- und Messehallen. Ihre äußere Hülle besteht aus mehreren, übereinander liegenden Mem-



An vielen Standorten in Deutschland bringt Flüssiggasversorger PROGAS mobile Heizanlagen zur Wärmeversorgung von Flüchtlingen zum Einsatz.

Foto:
Michael Herdlein

bran- und Dämmschichten aus wetterbeständigem und lichtdurchlässigem Material, die mit einem leichten Überdruck stabil gehalten werden. Sie können im Sommer klimatisiert und im Winter temperiert werden.

Seit jeher sichert PROGAS mit mobilen Heizanlagen die Wärmeversorgung von Behelfsbauten, zum Beispiel für die Beheizung von Baustellen und Containern oder für die Sanierung von Schulen und Bürogebäuden. „Als starker und kompetenter Energieversorger bieten wir unseren Kunden technisch ausgereifte Lösungen und einen Rundum-Service. Schnell und unkompliziert errichten wir die gesamte

Flüssiggas-Anlage vor Ort und übernehmen im Anschluss die Verantwortung für deren Betrieb und Versorgung“, so Prechtel. Die Gemeinden und Kommunen profitieren dabei von der Erfahrung und dem Know-how der PROGAS-Fachleute: Sie können ein komplettes Leistungspaket aus einer Hand erhalten – von der individuellen Beratung über die Anlagenerichtung bis zur Instandhaltung und regelmäßigen Energielieferung.

Das Unternehmen PROGAS vertreibt die Flüssiggase Propan und Butan an private und gewerbliche Kunden sowie an öffentliche Einrichtungen. In Deutschland beschäftigt der

Flüssiggasversorger 300 Mitarbeiter und hat ein flächendeckendes Vertriebsnetz errichtet. Seine Kunden beliefert PROGAS zuverlässig mit Flüssiggas nach DIN 51622. Innerhalb der Branche ist PROGAS dabei Wegbereiter für eine Vielzahl innovativer Anwendungen.

PROGAS GmbH & Co KG
Westfalendamm 84 - 86
44141 Dortmund
Tel. (02 31) 54 98-0
Fax (02 31) 54 98-161
E-Mail: info@progas.de

www.progas.de



Um die Zahl von Polizeieinsätzen in Flüchtlingsunterkünften in Zukunft minimieren zu können, gibt es neue Ansätze, bei denen Flüchtlinge eingebunden werden.

SICHERHEIT UND STABILITÄT IN FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTEN – WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Ein neues Konzept soll Flüchtlinge in Sicherheitsmaßnahmen einbinden

JÜRGEN ROTHMANN, ADATO FIRMENGRUPPE

Die Gewaltbereitschaft gegen Asylsuchende und Flüchtlinge steigt bedauerlicherweise nicht nur innerhalb der deutschen Bevölkerung, sondern auch unter den Menschen selbst, deren größter Wunsch es ist, Krieg und Gewalt endlich hinter sich lassen zu können.

Spannungen und Gewalt unter den Bewohnern sind oft an der Tagesordnung, kommen zwangsläufig immer dann zustande, wenn Menschen verschiedenster Herkunft und Kultur auf engstem Raum zusammenleben, besonders dann, wenn dies von unbestimmter Dauer ist.

Zweifelsohne stellt die Unterbringung von rund achthunderttausend Menschen nicht nur eine logistische Aufgabe dar, es ist auch eine Herausforderung an die Sicherheit. Viele der Einrichtungen werden von privaten Sicherheitsunternehmen geschützt. Am Markt gibt es zurzeit eine Vielzahl von Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fundiert ausbilden lassen und Fachkräfte für Schutz und Sicherheit einsetzen. Doch aufgrund der vorherrschenden Situation sind diese Sicherheitskräfte regelrecht vergriffen.

Eine weitere Herausforderung: Für die aus Deutschland stammenden Sicherheitskräfte ist häufig auf den ersten Blick kaum erkennbar, wer aus welchem Land stammt. Serben, Mazedonier, Syrer, Iraker, Albaner, Eritreer, Pakistaner, Afghanen, Kosovaren, sie alle sprechen unterschiedliche Sprachen, haben andere kulturelle Hintergründe, Religionen, Gebräuche, Werte und Alltagsriten.

Die Frage ist also: Wie kann man sich anbahnende Konflikte schon vor Entstehung deeskalieren? Wie verhindert man eine mögliche Spirale der Gewalt und Frustration? Wie kann man auch kurzfristig zu neuen adäquaten Lösungsansätzen beitragen?

Ein neues Konzept wird derzeit intensiv in Niedersachsen auf Anregung der ADATO GmbH aus Hannover diskutiert. Es setzt auf interkulturelle Kompetenz und es verspricht Hoffnung. Dabei sollen Flüchtlinge selbst in sicherheitsrelevante Strukturen eingebunden werden, diese langfristig sogar in leitender Funktion übernehmen und steuern. Ein solcher Ansatz würde viele Vorteile mit sich bringen.

Interkulturelle Fachkraft für Sicherheit und Integration (IFSI)

Die ADATO GmbH als operativer Sicherheitsdienstleister und Bildungsträger mit zwanzig Jahren Markterfahrung stellt ein neues Ausbildungskonzept vor, das sich den vielfältigen Herausforderungen stellt. Die Ausbildung soll Flüchtlinge in sicherheitsrelevante Strukturen einbinden und dadurch sowohl deren Integration in den Arbeitsmarkt fördern, als auch die Sicherheit in interkulturellen Umgebungen gewährleisten. Zweck der Ausbildung ist demnach die Vermittlung von notwendigem Fachwissen hinsichtlich Schutz und Sicherheit, das Erlernen rechtlicher Handlungsgrundlagen, die Sensibilisierung für soziale und interkulturelle Konflikte sowie das Aneignen von in der Arbeitswelt notwendigen Handlungskompetenzen.

Kerngedanke des Konzepts bildet der Ausbildungskurs zur Interkulturellen Fachkraft für Sicherheit und Integration (IFSI) als eine in sich abgeschlossene Ausbildung. Das heißt, Absolventen können dem Arbeitsmarkt nach drei- bis viermonatiger Ausbildung zur Verfügung stehen.

Des Weiteren können sie sich, aufbauend auf ihrer Qualifikation als IFSI, in einem dafür modifizierten Ausbildungsprogramm in einem verkürzten Ausbildungszeitraum selbst zur Fachkraft für Schutz und Sicherheit (FSS) weiterbilden lassen. Damit stehen sie dem Arbeitsmarkt – auch außerhalb interkultureller Arbeitsumgebungen – als Fachkräfte innerhalb überschaubarer Zeit zur Verfügung. Eine der IFSI vorgelegte Möglichkeit besteht in einer informativen Einführungsveranstaltung innerhalb bereits bestehender Sprach- und/oder Integrationskurse der Kommunen oder der Arbeitsagenturen. Dabei wird den Teilnehmern im berufsqualifizierenden Teil des Programms ein Einblick in die Arbeitswelt des Sicherheitsgewerbes gegeben.

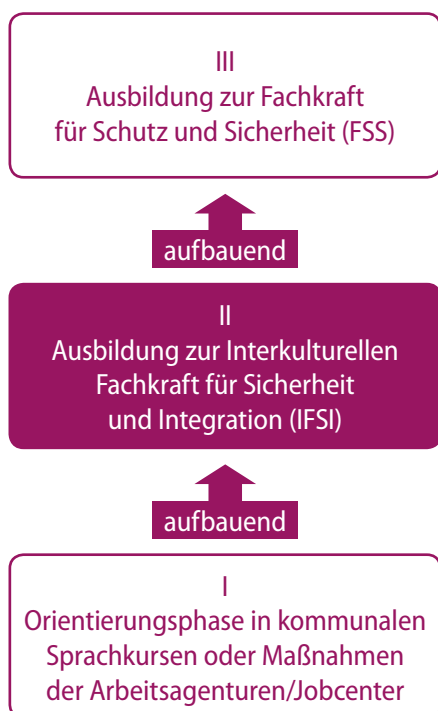
Deeskalation in interkultureller Umgebung

Besonderes Augenmerk aller Kurse besteht nicht nur in der Betrachtung von Konfliktpotenzial sowie dessen Deeskalation in interkulturellen Umgebungen, sondern zudem in didaktischen Methoden, welche die Proaktivität der Auszubildenden fördern. So schaffen beispielsweise Rollenspiele die Möglichkeit, reale Situationen zu simulieren und dadurch die Sensibilität hinsichtlich kritischer Situationen zu schulen und notwendigen Handlungsbedarf abzuleiten. Solche Methoden zur Förderung der



Ziel der Ausbildung sind „Interkulturelle Fachkräfte für Sicherheit und Integration“.

MODULARER AUSBILDUNGSaufbau



Selbst- und Fremdwahrnehmung gepaart mit lerntheoretischen Herangehensweisen bilden die Basis des handlungsorientierten Unterrichts.

Sowohl das didaktische Vorgehen in einem interkulturellen Umfeld als auch die zu vermittelnden Inhalte stellen umfangreiche Anforderungen an die unterrichtenden Lehrkräfte. Diesen Anforderungen kann deshalb nur ein Ausbilder gerecht werden, welcher sowohl die fachliche Eignung und Interdisziplinarität als auch die kulturelle und soziale Kompetenz besitzt. So fußt das Ausbildungskonzept auf der Zusammenarbeit mit Dozenten aus unterschiedlichen Fachunternehmen und wird getragen durch den gemäß § 76 Abs. 3 BBiG anerkannten Ausbilder.

Politik ist gefragt

Für eine Umsetzung und Wegbereitung dieses konzeptionellen Ansatzes bedarf es eines neuen Berufsbildes. Im Rahmen eines Pilotprojektes könnten dabei die Grundlagen für eine Flächeneinführung gelegt werden. Entsprechende Gespräche werden dazu mit der Arbeitsagentur Braunschweig-Goslar geführt. Nach kommunalen Sprachkursen oder Einstiegskursen der Arbeitsagenturen soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine drei- bis viermonatige Ausbildung zur „Interkulturellen Fachkraft für Sicherheit und Integration (IFSI)“ mit begleitender weiterer sprachlicher Aufschulung zu verbinden.

Würde eine solche Bildungsmaßnahme durch die Arbeitsagenturen oder Jobcenter finanziert, könnten nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die finanziell derzeit überforderten Kommunen davon profitieren.

Solche Lösungsansätze könnten zunächst auf kommunaler Ebene in Form von kleineren Pilotprojekten erprobt und idealerweise später auf Bundesebene umgesetzt werden. Der Ansatz jedenfalls trifft schon jetzt auf große Zustimmung und verspricht Hoffnung. Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft, die es ohnehin – bestenfalls von Beginn an – zu meistern gilt.



ADATO Firmengruppe

Operative Sicherheitsdienstleistungen
Krisen- u. Gefährdungsabwehrkonzepte
Anerkannter Bildungsträger

Karl-Wiechert-Allee 1a
30625 Hannover

Tel. 0511 978 100-0
Fax 0511 978 100-63
info@adato.de

ANGEBOTE ZUR INTEGRATION PASSGENAU ORGANISIEREN

BMBF finanziert kommunale Bildungskoordinatoren

TILL RASCH

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) teilt in einer Pressemeldung mit, Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen durch Bildung zu unterstützen. Alle Kreise und kreisfreien Städte können sich um die Finanzierung von bis zu drei kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewerben. Diese übernehmen die Koordinierung der Bildungsakteure auf kommunaler Ebene, um Bildungsangebote für Flüchtlinge zu optimieren. Dadurch sollen Zugänge zum Bildungssystem verbessert, Bildungsangebote aufeinander abgestimmt und datenbasiert gesteuert werden.

„Die Kommunen spielen mit ihren Kindergärten, Schulen und Weiterbildungsangeboten eine zentrale Rolle bei der Integration von Flüchtlingen. Dabei wollen wir sie gezielt unterstützen. Kernaufgabe der Koordinatorinnen und Koordinatoren



Bundesbildungsministerin Johanna Wanka will Kommunen gezielt unterstützen.

ist es, die Vielzahl der Angebote zur Bildung und Integration passgenau zu organisieren und aufeinander abzustimmen“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Kräfte vor Ort bündeln

Angesiedelt sind die Koordinatoren und Koordinatorinnen an strategischer Stelle in der Kommunalverwaltung. Dadurch haben sie den Überblick, welche Sprach- und Integrationskurse, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen es vor Ort gibt und welche fehlen. Oder sie geben Impulse für Angebote der kulturellen Bildung und des interkulturellen Austauschs. Besonders Stiftungen, Vereine und ehrenamtlich Engagierte sollen systematisch eingebunden werden. „Wir fördern die Bündelung aller Kräfte vor Ort und wollen dabei auch das Ehrenamt stärken. Denn das Engagement und die Hilfsbereitschaft der vielen Bürgerinnen und Bürger sind und bleiben ein wichtiger Baustein, damit Integration gelingen kann“, betonte Wanka.

Interessierte Kommunen bewerben sich mit einem Konzept zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte. Förderanträge können noch zum 1. Juni und 1. September 2016 eingereicht werden.

KURZ & KNAPP

FACEBOOKGRUPPE: NEUE IDEEN FÜR GEFLÜCHTETE

Der Flüchtlingszustrom braucht neue Ideen, neue Lösungen, soziale Innovation. Es gibt viele gute Beispiele, die verbreitet werden sollten. Diese Gruppe will der Ort dafür sein, Ideen zu sammeln, zu verbreiten und von guten Beispielen zu lernen.

www.facebook.com/groups/933752270053059

MYGREATJOBS

mygreatjobs gesprochen wie „migrate jobs“ ist eine Jobbörse für Menschen mit Wurzeln in anderen Kulturen. Wie gut und wie schnell sie sich integrieren hängt auch davon ab, dass sie hier arbeiten können. Eine Arbeit zu haben ist wichtig – ganz besonders wenn man noch neu ist in einem Land. Neben den Stellenanzeigen gibt es zusätzlich Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt. Damit sich jeder schnell zurecht findet. <https://mygreatjobs.de>

WIR ZUSAMMEN – UNTERNEHMEN ENGAGIEREN SICH

„Wir zusammen“ wird von namhaften Unternehmen in Deutschland und von deren Mitarbeitern getragen, deren Engagement den Integrationsprozess aktiv unterstützt und fördert.

„Wir zusammen“ bietet eine Plattform, auf der Unternehmen ihre Projekte vorstellen können. Sie soll einen Überblick über die Maßnahmen schaffen, die schon durchgeführt werden und das Engagement der Mitarbeiter der teilnehmenden Unternehmen würdigen. Vor allem aber sollen weitere Unternehmen und ihre Belegschaften inspiriert werden, ebenfalls Integrationsprojekte ins Leben zu rufen oder sich bestehenden Projekten anzuschließen.

www.wir-zusammen.de

ERSTE-HILFE-SAMMLUNG „DEUTSCH ALS ZWEITSPRACHE“

In den Kitas und Schulen steigt der Bedarf an Materialien, die Kindern und Jugendlichen das Deutschlernen erleichtern. Der Verlag an der Ruhr bietet daher allen, die haupt- oder ehrenamtlich mit Flüchtlingen arbeiten, eine Hilfestellung und hat fix und fertige Materialien für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zusammengestellt, die kostenlos heruntergeladen und direkt eingesetzt werden können.

www.verlagruhr.de/daz-gratis-download

NEUER RATGEBER FÜR WIRKSAME FLÜCHTLINGSHILFE

Der Ratgeber zeigt, wo Unterstützung für Geflüchtete am meisten benötigt wird und wo Ansatzpunkte für das eigene Engagement liegen, z.B. in der Rechtsberatung oder der Ausbildung von Menschen mit Fluchthinter-

grund. Unternehmen und Stiftungen erhalten Tipps, wie sie ihr Engagement für Flüchtlinge mit ihrem bisherigen gesellschaftlichen Wirken zusammenbringen. Er lohnt sich für alle, die in der Arbeit mit Geflüchteten und für eine demokratische Gesellschaft engagiert sind.

„Vom Willkommen zum Ankommen. Wirksames Engagement für Flüchtlinge in Deutschland“:

www.phineo.org/downloads/PHINEO_Ratgeber_Engagement_fuer_Fluechtlinge.pdf

AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN UND ASYLBEWERBERN

Der Deutsche Städtetag hat auf seiner Internetseite einen Schwerpunkt zum Thema Flucht eingerichtet.

www.staedtetag.de/schwerpunkte/074468/index.html

ONLINE-WEGWEISER FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHE IN KOMMUNEN

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) unterstützt die Kommunen beim Thema Flüchtlinge/Asylsuchende/Integration. Dazu wurden bereits Forschungsprojekte gestartet, Seminare und Fachtagungen konzipiert, um Wissen zu vermitteln und den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen zu unterstützen, Publikationen herauszugeben und fachspezifische Informationsdienste entwickelt. Weitere Aktivitäten werden folgen und auf der Internetseite des Difu ergänzt. www.difu.de/fluechtlinge

Kita, U3-Betreuung und ähnliche Begriffe gehören für viele Eltern in Mönchengladbach bereits zum alltäglichen Sprachgebrauch. Völlig neu sind sie aber für die meisten Eltern von Flüchtlingskindern, die nach Mönchengladbach kommen. Bei über 1.800 Flüchtlingen, die derzeit in den städtischen Übergangsheimen leben, sind rund 300 Kinder im Kita-Alter dabei. Teils auch durch die Flucht traumatisiert, ist die Hemmschwelle, das Kind aus der Familie heraus in eine Betreuung zu geben, vor allem kurz nach der Ankunft aber noch groß. Dabei ist gerade für die Flüchtlingskinder ein Angebot für die weitere Förderung und Integration wichtig.

„Mogli“ wird gut angenommen

Mit dem Projekt „Mogli“ (Mobil gemeinsam lernen international) hat die Stadt Mönchengladbach seit Mitte Januar einen Lösungsansatz gefunden, den sie gemeinsam mit der Hochschule Niederrhein umsetzt. Die Flüchtlingskinder müssen nicht in die Kindertageseinrichtung, sondern die kommt quasi als mobile Kita in die Übergangsheime. Beladen mit Spielmaterial und natürlich gefahren von Erzieherin Andrea Riedel und Thomas Thüning. Sie haben bisher viele gute Erfahrungen vor Ort gemacht: „Unser Angebot wird von den Kindern und Eltern sehr gut aufgenommen, so dass es uns in der Regel leicht fällt, Vertrauen aufzubauen“, freut sich Thomas Thüning. „Natürlich verständigen wir uns wegen der fehlenden Sprachkenntnisse über Mimik und Gestik, sehen aber auch, dass erste Lernerfolge im sprachlichen Bereich greifen“, ergänzt seine Kollegin Andrea Riedel.

Das Angebot wird als Eltern-Kind-Gruppe organisiert, um bestehende Hemmnisse zu überwinden und eine vertraute Atmosphäre zu ermöglichen. Durch die Anwesenheit von Eltern können sich insbesondere traumatisierte Kinder leichter auf das Angebot und die Betreuer einlassen. Das Angebot erfolgt wechselweise wochentags (8–12 Uhr/14–16 Uhr) in den fünf Flüchtlingsunterkünften der Stadt. Für das Spielzeug und das Fahrzeug erhält die Stadt finanzielle Unterstützung durch den Rotary Club, die Personalkosten leistet das Landesjugendamt über Projektmittel.

Das von der Stadt entwickelte Projekt wird im Rahmen einer Bachelorarbeit an der Hochschule Niederrhein theoretisch fundiert. Ziel ist es, erste Erfahrungen zu evaluieren, um daraus ein Konzept entstehen zu lassen, das auch von anderen Kommunen genutzt werden kann.

Für Mönchengladbachs Sozialdezernentin Dörte Schall ist dieses Projekt ein wichtiger Baustein im Rahmen des Betreuungsangebots für Flüchtlingskinder: „Die Zahlen machen deutlich, dass hier ein großer Bedarf vorhanden ist, den können wir



Beladen mit Spielmaterial fahren Erzieherin Andrea Riedel und Erzieher Thomas Thüning zu den fünf Unterkünften in der Stadt.

MOGLI – WENN DIE KITA ZU DEN KINDERN KOMMT

In Mönchengladbach werden Flüchtlingskinder schon in den Übergangsheimen auf den Alltag in deutschen Kitas vorbereitet

TILL RASCH

„Die Zahlen machen deutlich, dass hier ein großer Bedarf vorhanden ist, den können wir so etwas auffangen und darüber hinaus Eltern und Kinder für andere Betreuungsfornen sensibilisieren.“



Dörte Schall,
Sozialdezernentin in
Mönchengladbach

so etwas auffangen und darüber hinaus Eltern und Kinder für andere Betreuungsfornen sensibilisieren.“

Neben der spielerischen Förderung der Flüchtlingskinder, der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie der Unterstützung von Eltern in der Förderung ihrer

Kinder erhalten die Eltern die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch. Auf diese Weise entsteht eine weitere Kontaktstelle zur Vermittlung von Beratungs- und Hilfsangeboten und eine verbesserte Integration von Flüchtlingsfamilien in die Gesellschaft.

Das Projekt soll ausgebaut werden

Bisher werden in diesem Rahmen etwa 100 Flüchtlingskinder erreicht. Aber es sollen, wie Sozialdezernentin Schall erklärt, nach Möglichkeit noch mehr werden: „Das Projekt soll jetzt auch noch ausgebaut werden. Wir wollen es gerne um ein Team erweitern.“ Der städtische Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hat sich bereits mit einem Förderantrag für ein zweites Team an das Landesjugendamt gewandt. Außerdem sind die Einrichtungen von Eltern-Kind-Gruppen sowie Spielgruppen geplant, die an Kitas in der Nähe der Übergangseinrichtungen angeschlossen werden sollen. Sie sollen das Betreuungsangebot für Flüchtlingskinder im Vorschulalter abrunden.

eGK für Flüchtlinge: Weniger Aufwand, weniger Kosten

Deutschland sieht sich mit einer historischen Situation konfrontiert: Hunderttausende Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Folter fliehen, kommen zu uns. Sie müssen untergebracht, versorgt und – wenn sie bleiben – in die Gesellschaft integriert werden. Ein Kraftakt sowohl für die vielen Freiwilligen als auch für die kommunalen Behörden.

Die DAK-Gesundheit trägt ihren Teil aus zwei Gründen dazu bei. Zum einen ist es moralisch geboten, Flüchtlingen und Asylsuchenden einen möglichst schnellen und unbürokratischen Zugang zum deutschen Gesundheitssystem zu ermöglichen. Zum anderen ist es die originäre Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen, diesen Zugang sicherzustellen. Ein Schlüssel zur Lösung ist die frühzeitige Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) an Flüchtlinge.

Das Ziel der DAK-Gesundheit ist es, Flüchtlingen nicht erst nach 15 Monaten eine eGK zu geben. Sondern bereits dann, wenn sie aus den Erstaufnahmeeinrichtungen kommen und einer Kommune zugewiesen werden. In Bremen und Hamburg ist dieses Verfahren bereits seit einigen Jahren etabliert. Die Vorreiter berichten von guten Erfahrungen: Hamburg spart dadurch zum Beispiel jährlich rund 1,6 Millionen Euro Verwaltungskosten ein.

Denn gerade der Verwaltungsaufwand ist ohne die eGK immens. Flüchtlinge brauchen für jeden Arztbesuch einen Behandlungsschein von ihrer zuständigen Behörde, die auch entscheiden muss, welche Behandlung notwendig ist. Mit der eGK trifft diese Entscheidung der Arzt, der seine Leistung auch direkt mit der



Hans-Werner Harmuth ist DAK-Mitarbeiter und Kreispräsident des Kreises Stormarn in Schleswig-Holstein. In dieser Doppelrolle hat er die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte auf beiden Seiten vorangetrieben. Im Interview berichtet er von seinen Erfahrungen.

Herr Harmuth, mit welchen Argumenten konnten Sie die Verantwortlichen im Kreis Stormarn von der eGK für Flüchtlinge überzeugen?

Zum einen damit, dass das Verfahren Kosten spart. Zum anderen entscheidet dort nun nicht mehr der Verwaltungsmitarbeiter der Kommune, sondern der Arzt über die Notwendigkeit einer Behandlung. Das haben die Verantwortlichen im Kreis als große Entlastung wahrgenommen.

Die DAK-Gesundheit bekommt zusätzlich zu den Behandlungskosten einen bestimmten Betrag, um die Verwaltungskosten auszugleichen. Wie hoch ist diese Summe?

Das wird individuell mit den Bundesländern oder den einzelnen Kommunen ausgehandelt. So ist die Höhe dieses Ausgleichs optimal auf die Rahmenbedingungen vor Ort abgestimmt.

In Schleswig-Holstein sind die Kommunen verpflichtet, sich an die Verträge zwischen Landesregierung und Kassen zu halten. Halten Sie das für notwendig?

Auch mit einem Wahlrecht hätten alle Kommunen mitgemacht, da bin ich mir sicher. Ich empfehle allen Kommunen zu prüfen, ob die Zusammenarbeit mit der DAK-Gesundheit Kosten spart. Das wird in der Regel der Fall sein.

DAK-Gesundheit abrechnet. Grundlage der Zusammenarbeit sind Verträge zwischen Kasse und Land, die pauschale Vergütungen für die Krankenkasse regeln.

In Schleswig-Holstein und Berlin haben bereits mehr als 15.000 Flüchtlinge die DAK-Karte. Die beteiligten Kommunen empfinden das Engagement der DAK-Gesundheit als große Hilfe. So stellt ihnen die Kasse zum Beispiel kostenfrei ein einfach zu bedienendes Tool zur Erfassung und Pflege der Flüchtlings-Daten zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen läuft die Karten-Ausgabe gerade an. Obwohl dort andere Rahmenbedingungen herrschen, wird die eGK für Flüchtlinge auch dort für eine enorme Entlastung der kommunalen Verwaltung sorgen.

SIE MÖCHTEN MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN?

Rufen Sie uns an! Die DAK-Gesundheit bietet allen Kommunen an, sie bei der Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern zu unterstützen – unabhängig davon, ob es bereits Verträge auf Landesebene gibt.

**Ihre Ansprechpartnerin:
Silke Pagels,
Tel.: 040-2396-2240
Mail: silke.pagels@dak.de**

Vorausschauen. Für Ihren Erfolg.

Die besten Karten in der Flüchtlingsversorgung!

Unsere Gesundheitskarte für Asylbewerber.

Sie möchten für Ihre Kommune viel Zeit und Kosten sparen? Dann nutzen auch Sie die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:



- **Kostengünstigere und effizientere Verträge** mit den Leistungserbringern ✓
- **Schlankere Verwaltungsstrukturen** dank etablierter Prozesse ✓
- **Verlässliche Abrechnungsverfahren** für eine qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung ✓

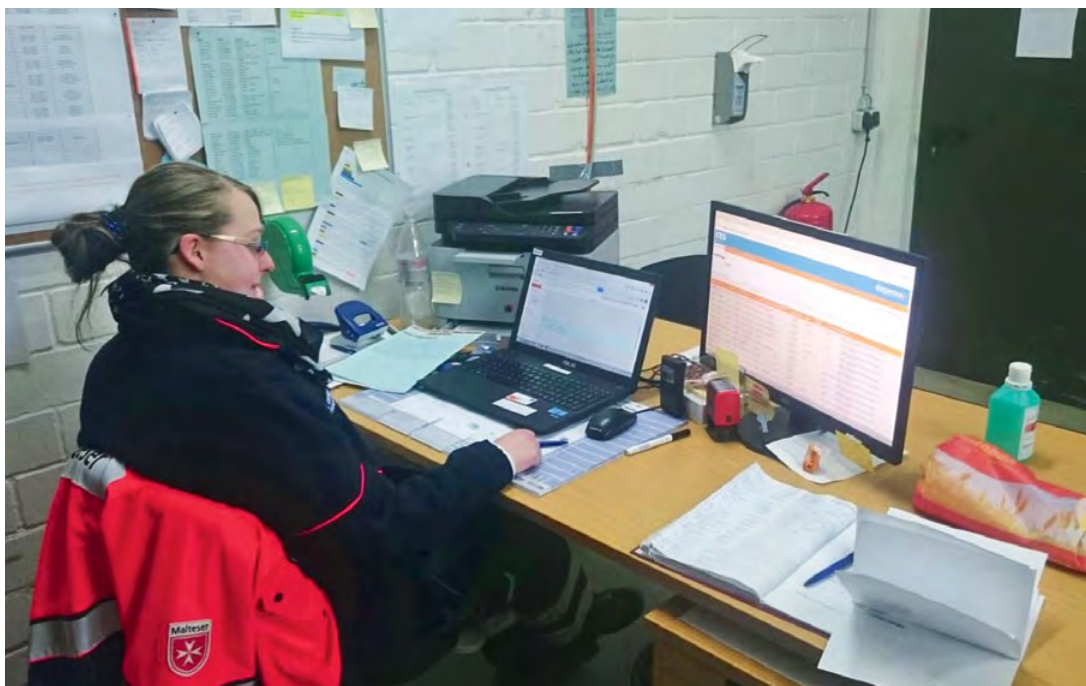
Setzen Sie auf die große Erfahrung der DAK-Gesundheit! Wir beraten Sie gern.

Silke Pagels

Telefon: **040 2396 22 40** (zum Ortstarif)

E-Mail: **silke.pagels@dak.de**

DAK Gesundheit



In der Flüchtlingsunterkunft Celle/Scheuen erleichtert eine Software den Helferinnen und Helfern die Arbeit.

HILFE, WIR MÜSSEN DAS ORGANISIEREN

Um Menschen gut zu versorgen, brauchen Flüchtlingsunterkünfte auch Software. „Dispenso“ heißt ein System, das mit seinen Aufgaben wächst

BIRGIT GÜLL

Mit dem Erreichen einer Flüchtlingsunterkunft endet für viele Menschen eine lange lebensgefährliche Flucht. Noch bevor die Erschöpften Essen und einen Schlafplatz bekommen, müssen sie registriert werden. „Für unsere Gäste ist das die Zugangsberechtigung zum Gelände“, sagt Nicolai Hollander. Er ist der stellvertretende Leiter der Flüchtlingsnotunterkunft Celle/Scheuen, ein altes Kasernengelände, das zur Unterkunft umfunktioniert wurde. Mehr als 600 Menschen leben dort im Moment.

Das Ende des Papierkrams

Im Hintergrund läuft eine riesige Logistik, die ihre Unterbringung und Versorgung verwaltet. Hollander kann jederzeit sagen, wie viel freie Betten er hat, wer gerade anwesend ist und wer nicht – Bewohnerinnen und Bewohner genau wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Möglich macht das die Softwarelösung „Dispenso“. Ziel ist nicht Überwachung, sondern Sicherheit: Müsste das Gelände evakuiert werden, wäre sofort klar ob noch jemand fehle, sagt Hollander. Doch auch im Alltag ist die Funktion praktisch. Loggt sie sich zum Beispiel jemand bei der Essensausgabe ein, für den es eine Nachricht gibt, wird er oder sie darauf aufmerksam gemacht. „Das erleichtert unsere Arbeit“, sagt Hollander. Und es sei das Ende des Papierkrams.

Auf Papier wäre die Verwaltung einer großen Unterkunft kaum möglich. Und sie wäre nicht alltagstauglich. Dazu ist ein gutes elektronisches Verwaltungssystem nötig. Denn die Helferinnen und Helfer vor Ort versorgen nicht nur die Geflüchteten. Sie stehen auch in täglichem Kontakt mit den Behörden – etwa mit dem Land, das die freien Kapazitäten abfragt. Oder mit dem Zoll, der regelmäßige Überprüfungen durchführt. Die Belegungsstatistiken müssen jederzeit abrufbar sein.

„Dispenso“ ist auf Flüchtlingsunterkünfte spezialisiert. Deutschlandweit nutzen mehr als 35 Einrichtungen das System. Und es wächst mit seinen Aufgaben: Es wird stetig den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer angepasst. Der Hersteller Nexave ruft dazu auf, sich zu melden, wenn eine praktische Funktion fehlt. „Wenn es Wünsche oder Fragen gibt, kann man einfach an uns herantreten“, sagt Sven Albrecht von Nexave. Auf der „Dispenso“-Website gibt es eine Chatfunktion, die zur unkomplizierten Kontaktaufnahme einlädt. Zudem besucht das Nexave Technikerteam auch die Einrichtungen vor Ort, um die Server zu aktualisieren oder um neuen Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, was in Flüchtlingsunterkünften wichtig ist.

Zum Beispiel die medizinische Versorgung der Flüchtlinge. „Dispenso“ ermög-

licht es, Impfungen, Krankheitsverläufe oder Krankenhausaufenthalte zu dokumentieren. Verlassen Flüchtlinge die Unterkunft, bekommen sie diese Unterlagen mit. „Das erleichtert ihnen später in der Kommune Besuche bei Hausärzten“, sagt Hollander.

Software erleichtert Arbeit

Er schätzt noch eine Funktion der Software: Zusatzqualifikationen von Flüchtlingen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können im System erfasst werden – etwa Sprach- oder Sportkenntnisse. Wenn Dolmetscher gebraucht werden oder ein Sportkurs stattfinden soll, sind sie auf Knopfdruck verfügbar. „Viele kommen noch als Helferinnen und Helfer aufs Gelände, wenn sie nicht mehr in der Unterkunft leben“, sagt Hollander. 50 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer arbeiten in Celle. Außerdem versorgen 140 Hauptamtliche die Flüchtlinge. Ihre Arbeitszeit werde demnächst mittels „Dispenso“ erfasst – eine neue Funktion. „Für uns ist das System eine enorme Erleichterung“, sagt Hollander.

Alle Informationen zu „Dispenso“ auf www.dispenso.org

Deutsche Fernsehlotterie: Verstärktes Engagement vor Ort

„Die aktuelle Flüchtlingssituation ist eine der größten Herausforderungen, der wir uns in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen stellen müssen. Die Fernsehlotterie unterstützt dabei durch gezielte Förderungen auch das Flüchtlingsmanagement in den Kommunen“, so Christian Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie.

Das gesellschaftliche Engagement von Deutschlands ältester Soziallotterie hat dabei Tradition, denn die Fernsehlotterie feiert 2016 ihre 60-jährige TV-Präsenz. Seither ist sie gemeinsam mit ihren Mitspielern im Dienste hilfebedürftiger Menschen. Dies hat sie zu einer wichtigen Stütze des Gemeinwesens gemacht. „Sechs Jahrzehnte konnten der Idee der Soziallotterie nichts anhaben – sie bleibt notwendig und hat noch immer Konjunktur“, resümiert Kipper.

Um nachhaltig dort zu helfen, wo die Not groß ist, reagiert sie auch auf gesellschaftliche Herausforderungen und Veränderungen. „Die Hilfsbereitschaft für Menschen, die aus größter Not zu uns nach Deutschland kommen, ist ungebrochen hoch. Auch wir als Fernsehlotterie wollen helfen, nicht nur den Flüchtlingen, sondern insbesondere auch den vielen engagierten Menschen vor Ort“, ergänzt Christian Kipper.

Um dieses Engagement der vielen zu unterstützen, die sich schon einsetzen, hat die Fernsehlotterie bereits im Oktober 2015 zusätzliche Fördermittel



Die Caritas Wohngruppe Fulda wurde 2011 mit 130.000 Euro unterstützt.

bereitgestellt, mit denen Projekte zur Versorgung und Integration von Flüchtlingen bzw. zur Koordinierung von ehrenamtlichen Helfern finanziert werden. Die Förderrichtlinien der Deutschen Fernsehlotterie decken dabei verschiedene Bereiche ab. Gefördert werden hier vor allem die Sprachförderung sowie die psychosoziale Betreuung, die Begegnung von Flüchtlingen mit der örtlichen Bevölkerung, der Aufbau von Netzwerken, die der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt dienen, aber auch Projekte zur Anwerbung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge engagieren sowie strukturelle Maßnahmen wie die Ausstattung und

Ausgestaltung von Gemeinschafts- oder Schulungsräumen. Im Fokus steht dabei die Arbeit mit besonders schutzbedürftigen Gruppen, wie z.B. allein reisenden Kindern und Jugendlichen oder allein erziehenden Frauen.

Aber auch in der Vergangenheit hat die Fernsehlotterie schon Hilfsprojekte für Flüchtlinge unterstützt. Das erste Projekt, eine Beratungsstelle für Flüchtlinge in Berlin, wurde bereits 1993 durch die Fernsehlotterie gefördert. Über die Jahre kamen vor allem langfristige Integrationsprojekte, wie z.B. Orientierungskurse sowie Begegnungsstätten hinzu. Bis Ende 2015 wurden über 133 Flüchtlings-

projekte mit rund 13 Millionen Euro gefördert. Darunter befand sich beispielsweise auch die Caritas Jugendwohngruppe in Fulda, welche dank der 130.000 Euro der Fernsehlotterie 2011 modernisiert werden konnte. In der Einrichtung werden minderjährige Flüchtlinge betreut, die ohne Eltern nach Deutschland gekommen sind. Die Mädchen und Jungen werden unterstützt, in Deutschland Fuß zu fassen und in ihrer Selbstständigkeit gestärkt.

„Aber auch die bisherigen Förderthemen verlieren nicht an Priorität“, unterstreicht Kipper. „Die Fernsehlotterie wird selbstverständlich auch in Zukunft Projekte fördern, die Kindern, Jugendlichen, Familien, Senioren sowie kranken und behinderten Menschen ein besseres Leben ermöglichen. Der größte Dank geht dabei an unsere Mitspieler, ohne deren Loskauf diese Hilfe gar nicht möglich wäre.“ Jährlich unterstützt die Fernsehlotterie mehrere hundert soziale Projekte – alleine 2015 wurden 234 Projekte mit über 44 Millionen Euro gefördert.

Damit setzt die Fernsehlotterie ihre Tradition fort: Viele Aufgaben bleiben, neue Herausforderungen gilt es zu bewältigen. Die Fernsehlotterie wird auch weiterhin dort helfen, wo Menschen Hilfe brauchen. Die Stärkung des Gemeinwesens ist eben eine dauerhafte Herausforderung.

Weitere Informationen auf fernsehlotterie.de

NEUES PERSONAL IM LANDRATSAMT LANDSHUT

Allerorten suchen die Verwaltungen unter großem Zeitdruck personelle Verstärkung. Wie wird der zusätzliche Bedarf in Kommunen und Landkreisen gedeckt? Ein Beispiel aus einem bayerischen Landkreis

LIESEL PUSACKER



Simone Steinherr vor ihrer neuen Arbeitsstelle

7.30 Uhr im Landratsamt Landshut

Wenn Simone Steinherr gegen halb acht ihren Arbeitsplatz betritt, ist der Wartebereich in der Regel bereits gut besucht. Um 8 Uhr beginnt der „Parteiverkehr“ im Landratsamt, so wie es in Bayern heißt. Simone Steinherr ist seit 1. November vergangenen Jahres in der Asylbewerber-Leistungsstelle im Sachgebiet „Sozialhilfe, Pflege und Betreuung, Fachbereich Pflege und Behinderteneinrichtungen“ beschäftigt. Ihr Arbeitsplatz ist modern ausgestattet und

zu einer ihrer Aufgaben gehört die Auszahlung von Geld- und Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dies umfasst u.a. das so genannte Taschengeld für Flüchtlinge, aber auch Monatslöhne für jene, die bereits eine Arbeit haben. Des Weiteren kümmert sich Simone Steinherr um die Beantragung notwendiger Krankenscheine oder Überweisungen zu Fachärzten.

Viele Asylbewerber werden von ehrenamtlichen Helfern begleitet, die beim Übersetzen und Ausfüllen der Formulare

unterstützen. Vormittags und zusätzlich an zwei Terminen am Nachmittag ist im Landratsamt Publikumsverkehr. Einmal pro Woche, wenn wie in vielen bayerischen Gemeinden neu zugewiesene Flüchtlinge kommen, erhöht sich der Besucherandrang auf einen Schlag um 60 bis 80 Personen. Für Simone Steinherr, die sich mit sechs weiteren Kollegen in der Leistungsstelle um die Versorgung der Migranten kümmert, warten in der restlichen Bürozeit weitere Aufgaben: Sie beantwortet Fragen per Telefon und Mail, koordiniert Besuche in den Unterkünften oder spricht mit den örtlichen Jobcentern u.v.m. Ein anspruchsvolles, aber auch vielfältiges Aufgabengebiet für die ehemalige Telekom-Mitarbeiterin, die den Wechsel zum Landratsamt nicht bereut hat.

Rund 35 Mitarbeiter mehr, aber das reicht noch nicht

Simone Steinherrs neuer Chef, Personalleiter Christian Gruber, beschäftigt, seitdem sich im vergangenen Jahr die Flüchtlingsströme vervielfachten, rund 35 zusätzliche Mitarbeiter. Und er wird in diesem Jahr weitere einstellen müssen, der Stellenplan 2016 ist bereits genehmigt. Derzeit beherbergt der Landkreis bereits rund 2.000 Flüchtlinge, Tendenz weiter steigend. Bislang konnte Gruber vielfach auf interne Kollegen zurückgreifen, die sich freiwillig für diese Aufgabe meldeten. Doch spätestens ab Frühjahr 2015 wurde klar, dass das allein nicht ausreichen würde.

Unterstützung durch Vivento

Simone Steinherr ist eine von vier Telekom-Mitarbeitern, die in den vergangenen vier Jahren über Vivento, den Personaldienstleister der Deutschen Telekom, zum Landratsamt gewechselt sind. „Die Mitarbeiter, die von der Telekom kommen, sind hoch motiviert und haben sich schnell eingearbeitet“, so Christian Gruber. Für viele Telekom-Mitarbeiter war der Wechsel auch mit einem wohnortnahen Einsatz verbunden. Auch dies ein Vorteil aus Sicht Grubers: „Ihre lokale Verbundenheit ist für unsere Arbeit und unsere Bürgerdienste von Vorteil.“

Von der Zusammenarbeit mit Vivento zeigt sich Gruber „mehr als zufrieden“. Vivento empfehle nur geeignete Bewerber. Ziel, so sein Eindruck, sei für jeden Mitarbeiter den richtigen Platz zu finden. Auch dies sei ein Garant für eine erfolgreiche Integration ins Team und eine hohe Identifikation mit der neuen Aufgabe. Bei Bedarf und Eignung spräche von seiner Seite nichts dagegen, weitere Telekom-Mitarbeiter einzusetzen.

Angebot von Schnuppertagen

Um festzustellen, ob die Arbeit in der Leistungsstelle und generell in der Flücht-

lingshilfe das Richtige ist, bietet Gruber jedem Bewerber einen halben oder ganzen „Schnupper-Tag“ an. „Auf diese Weise können Bewerber sich ein realistisches Bild von dem machen, was sie erwartet.“ Das Angebot wird gerne angenommen, die Absprunghöhe ist gering.

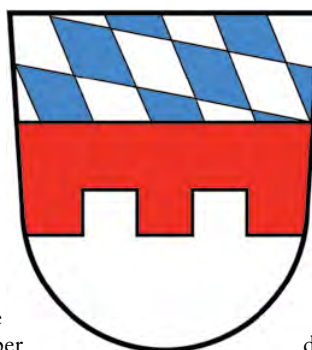
Auch Simone Steinherr hat dieses Schnupper-Angebot im Vorfeld wahrgenommen, und sich daraufhin für einen Wechsel zum Landratsamt entschieden. Obwohl oder gerade weil ihre neue Aufgabe ein hohes Maß an Engagement erfordert. Zudem sei sie im Kollegenkreis nach eigener Aussage „sehr gut aufgenommen“ worden. Die Kollegen helfen sich gegenseitig aus, wenn erforderlich. Sie fühlt sich sichtbar wohl bei ihrem neuen Arbeitgeber.

Personal gesucht bei Stadt, Land, Bund

Rudolf Simon vom Vivento Vertrieb kennt die Situation in Bayern und weiß, wie dringend die Kommunen personelle Unterstützung benötigen. „Viele Gemeinden und Landkreise, speziell im Süden Deutschlands erhalten Woche für Woche

eine große Anzahl von Flüchtlingen, darunter auch oft unbegleitete Jugendliche. Um ihre Erstversorgung sicherzustellen, ist mehr Personal nötig. Über die Stellenbörse Interamt haben wir daher in Bayern Beamte in der Region gesucht, die für die Unterstützung in der Flüchtlingshilfe Interesse zeigen. Wir haben bislang über 170 Bewerbungen erhalten, rund 20 Mitarbeiter sind bereits in kommunale Bereiche gewechselt, Tendenz steigend.“

Aber nicht nur bei Kommunen, auch bei den Ländern sind Telekom-Beamte eingesetzt, etwa in den Ersteinrichtungen, die meist von den Regierungspräsidien wie in Gießen oder Freiburg gesteuert werden. Hier arbeiten sie als Sachbearbeiter, haben koordinierende oder Querschnittsaufgaben. Und auch beim Bund unterstützen Telekom-Mitarbeiter, die Bundesbeamte sind, in erheblichem Ausmaß. Das „Bun-



desamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) gilt seit Monaten als Hebel erfolgreicher Flüchtlingspolitik. Um den Rückstau der Asylanträge zügig abzuwickeln und alle neuen Anträge schnell bearbeiten zu können, stockt das BAMF derzeit massiv Personal auf – auch mit Hilfe der Telekom. Im März unterstützten bereits mehrere Hundert

Telekom-Beamte das BAMF als Sachbearbeiter und Entscheider. An mehr als der Hälfte aller BAMF-Standorte sind derzeit Telekom-Mitarbeiter eingesetzt. Und die Interessentenzahlen steigen weiter. Vivento wirbt konzernintern weiter um wechselbereite Mitarbeiter. Das BAMF-Projekt ist Teil des Gesamtprojektes „Telekom hilft Flüchtlingen“, bei dem es unter anderem auch um die Versorgung der Unterkünfte mit WLAN, die Bereitstellung von Immobilien und die Angebote von Praktikumsstellen für Flüchtlinge geht.

ANZEIGE

dispenso

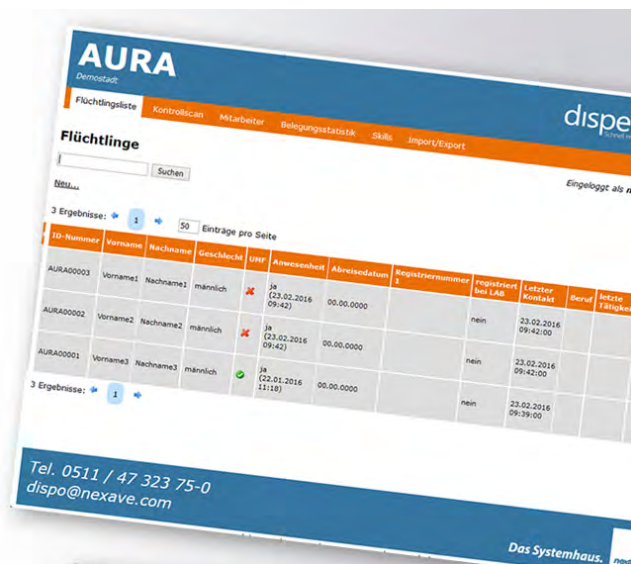
Schnell erfassen und verwalten.

Web-basierte Software zur Registrierung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften und zur Unterkunftsverwaltung.

- Heimausweise mit Foto drucken
- Statistiken zu Herkunft und Altersverteilung
- Tagebuchfunktion für Auffälligkeiten, Auszahlungen, Arzttermine, Kleiderausgaben uvm.
- Vorausgefüllte Erstanamnese-Bögen
- Mitarbeiter-Ausweise und -Zeitkontrolle

Dispenso ist für Notunterkünfte und kommunale Unterkünfte geeignet und kann online und offline verwendet werden.

www.dispenso.org
Tel. 0511 / 47 323 75-0





Ohne ehrenamtliche Helfer würden viele Angebote in der Flüchtlingshilfe, wie z.B. Kleiderkammern nicht funktionieren.

HELFFEN – ABER WIE?

In Deutschland helfen Tausende ehrenamtlich bei der Versorgung von Flüchtlingen. Ihre Hilfe wird dringend gebraucht. Doch wo können Freiwillige sich melden und was können sie tun?

HENNING WITZEL

Sachspenden sortieren, Essen ausgeben, Informationen übersetzen: ehrenamtliche Flüchtlingshelfer werden an allen Ecken und Enden gebraucht. Sie helfen dabei, die Geflüchteten nach ihrer Ankunft in Deutschland zu versorgen. Ohne diese Engagierten könnten die Städte, Gemeinden und Landkreise die große Zahl von Menschen, die ihre Flucht nach Deutschland geführt hat, kaum würdig unterbringen und betreuen. Auch die Integration in unsere Gesellschaft ist ohne sie kaum möglich.

Integration und Beteiligung

Wohin kann ich mich wenden, wenn ich helfen möchte? Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, schließen sich meist in einer Initiative, einem Freundeskreis, einem Verein oder einem anderen Netzwerk zusammen. In vielen Städten gibt es lokale Portale, die Informationen zu Spendenkonten, Kleiderspenden und den Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements geben.

Die Internetseite „Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf“ vernetzt Menschen, Kirchengemeinden, Vereine und Institutionen, die Flüchtlingen helfen. Sie listet Organisationen und Ansprechpartner auf, an die ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sich wenden können. „Damit wollen wir als Initiative jenen, die vor Kriegen und Katastrophen fliehen mussten, deutlich zeigen, dass Ressentiments und Rassismus in Düsseldorf keine Chance haben“, erklärt Jo Geschke, einer der Mitorganisatoren, auf der Webseite des Projekts. „Lassen Sie uns Flüchtlinge nicht nur herzlich willkommen heißen, lassen Sie uns gemeinsam auch

eine Kultur der Integration und Beteiligung schaffen.“ Am 18. Januar eröffnete die Initiative in der Nähe des Hauptbahnhofs ihr neues Welcome Center. Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel und Flüchtlingsbeauftragte Miriam Koch bedankten sich bei den vielen Ehrenamtlichen, die Flüchtlingen dabei helfen, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu werden.

Miteinander von Haupt- und Ehrenamt

Um die Flüchtlingshilfe möglichst effizient zu gestalten, ist eine gute Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern nötig. Hauptamtliche sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Behörden wie der Sozialämter, die mit dem Thema Flüchtlingshilfe betraut sind. Sie arbeiten auch bei Landes- und Bundesbehörden, den freien Trägern sowie kirchlichen Wohlfahrtsverbänden und anderen Einrichtungen. Wichtig für eine gute Zusammenarbeit:

- Klarer Aufgaben- und Verantwortungsbereich

EHRENAMTLICHE HELFERINNEN UND HELFER ERFÜLLEN SCHLÜSSELAUFGABEN:

- erste örtliche Orientierung (zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten)
- Sprachkurse
- Organisation und Betreuung von Kinderspielgruppen, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe
- Freizeitgestaltung (Kontakt zu Sportverein, Ausflüge in die nähere Umgebung, Werkstätten, Handarbeitskurse, Begegnungskochen etc.)
- Fahrdienste (zum Beispiel zu Ärzten oder Behörden)
- Organisation und Verwaltung von Spenden

- Abgrenzung zwischen Haupt- und Ehrenamt, damit die Zuständigkeiten für die Einsatzgebiete klar sind
- feste hauptamtliche Ansprechperson mit ausreichend Zeitressourcen
- Regelmäßiger Austausch
- Fortbildungen für Ehrenamtliche

Zu einem guten Miteinander gehören zudem Respekt und ein partnerschaftlicher Umgang. In vielen Kommunen gibt es Integrationsbeauftragte und Ombudsstellen, die die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen koordinieren und Netzwerke aufbauen. Damit die Hilfe da ankommt, wo sie gebraucht wird.

INFOS

<http://fluechtlinge-willkommen-in-duesseldorf.de>

Bundesweites Informationsportal über Hilfsprojekte:
<http://wie-kann-ich-helfen.info>

HelpTo – das Hilfe-Portal: www.helpto.de

„BEWUSST MACHEN, DASS ES GRENZEN GEBEN MUSS“

Jochen Thaens vom DRK-Landesverband Bremen über psychosoziale Hilfen für freiwillige Flüchtlingshelfer

ULF BUSCHMANN

Herr Thaens, mit welchen Problemen kommen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer zu Ihnen?

Zunächst müssen sie die Schranke überwinden, sich an jemanden zu wenden. Wenn es darum geht, Problembereiche bei den Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe aufzuzeigen, dann sind das häufig Bedingungen, die die Menschen an sich mitbringen. Wenn sich Menschen dazu entschließen, anderen zu helfen, treibt sie etwas an. Das verknüpft sich leider oft mit Problemen in der Abgrenzung gegenüber den Forderungen anderer. Viele Freiwillige können nicht „Nein!“ sagen. Die Bereitschaft, sich ausnutzen zu lassen ist da sehr hoch. Das ist ein Bereich, auf den man aufpassen muss – sowohl vonseiten der Menschen als auch von unserer Seite als Betreiber solcher Einrichtungen.

Was steht ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern selbst an Hilfe zur Verfügung?

Wir begrüßen unsere Freiwilligen unter anderem damit, dass sie eine schriftliche Unterlage, ein Merkblatt, bekommen. Darin weisen wir auf Problembereiche im Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen hin aber auch wie sich Stressbelastungen in der Freiwilligen-Arbeit auswirken können. Außerdem gibt es Ansprechpartner: entweder mich oder unsere Gruppe zur psychosozialen Unterstützung. Wir bieten darüber hinaus Seminare an. Es sind Eintagesveranstaltungen, in denen wir mit den Ehrenamtlichen Dinge üben, die für sie nützlich sein können.

Wie sieht das aus, welche praktischen Hilfen gibt es?

Es geht zum einen darum, sich bewusst zu machen, dass es für mich als freiwillig Helfenden Grenzen geben muss. Gerade wenn ich mich freiwillig engagiere. Ich kann nicht darauf vertrauen, dass diese Grenzen berücksichtigt werden.

Skizzieren Sie bitte, wie es praktisch aussieht.

Ich habe da einen konkreten Fall aus dem vergangenen Seminar vor Augen. Eine Frau ist mit einer Aufgabe in der Bekleidungsabgabe betraut worden. Aus strukturellen Prozessen des Trägers der Einrichtung



ZUR PERSON

Jochen Thaens, 60 Jahre alt, ist gelernter Rettungsassistent und Lehrrettungsassistent. Er ist seit einigen Jahren als Koordinator für psychosoziale Notfallversorgung des Deutschen Roten Kreuzes im Land Bremen tätig.

heraus hat sie sich zusätzlich mit Dingen wie der Müllentsorgung beschäftigen müssen. Wenn man es dann nicht schafft „Nein!“ zu sagen, kann es passieren, dass die Ehrenamtlichen ausgebeutet werden. Die Leute kommen in den Bereich der Stressbelastung oder sogar des Burnout.

Achten Sie darauf, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer, wenn notwendig, aus der Arbeit herausgenommen werden?

Das ist nicht so einfach. Die Leute möchten ja helfen und sind hoch engagiert. Sie müssen zuerst einsehen, dass sie sich belasten. Wenn sie das begreifen, empfehlen wir

ihnen natürlich, sich etwas Gutes zu tun und sich zurückzuziehen.

Wie muss denn eine Organisationsstruktur aussehen, damit es nicht erst zu Zusammenbrüchen kommt?

Als hilfreich erweist sich eine gut strukturierte und von den Freiwilligen auch nachvollziehbare Zuständigkeit. Es sollte beispielsweise Ansprechpartner für Teamentwicklung sowie Organisation und Logistik geben. Das ist nach Berichten von Freiwilligen aber nicht überall gegeben.

Inwieweit ist eine Zusammenarbeit mit den Kommunen notwendig?

Kooperation ist immer eine gute Sache, vor allem aber ist ein Austausch der Freiwilligen über den Tellerrand hinaus sinnvoll. Alleine schon deshalb, um die Erfahrungen der Anderen für die eigene Arbeit mit nutzen zu können. Es ist ja gerade in diesem Bereich so, dass sich Freiwillige nicht an eine Organisation, sondern an die Flüchtlinge binden.

Was können die Kommunen tun, um die Flüchtlingshelfer in die Strukturen zu integrieren?

Die sind integriert, das sind hoch kommunikative Menschen. Es ist die Frage, ob die Kommune selbst Träger einer Einrichtung ist. Dann muss sie sich den gleichen Gegebenheiten stellen wie die freien Träger.

Was ist zu tun, wenn sich Flüchtlingshelfer so verausgabt haben, dass nichts mehr geht, das Kind in den Brunnen gefallen ist?

Zum einen bieten wir auf kollegialer Ebene Unterstützung an. Wir sind keine Therapeuten, aber wir sind zusätzlich ausgebildet in der psychosozialen Unterstützung. Das heißt, wir bieten eben Gespräche an – ganz einfach, um zu gucken, ob das Kind schon ganz unten im Brunnen ist oder ob wir es noch herausziehen können. Sollte sich herausstellen, dass eine weitergehende Belastung da ist, vermitteln wir immer an Fachleute weiter. Wir haben Kontakt zur Psychotherapeutenkammer Bremen-Niedersachsen und zu niedergelassenen Psychotraumatologen. Im Extremfall können wir den Betroffenen innerhalb von einer Woche psychosoziale Erstversorgung zukommen lassen.

DEN FLÜCHTLING ALS AKTEUR SEHEN, NICHT ALS PROBLEM

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erarbeitete Handlungsempfehlungen, um Migranten und Asylbewerber stärker in die kommunale Entwicklungspolitik einzubinden

HARALD LACHMANN

Im Vorfeld der Landtagswahl vom 13. März erlebte Sachsen-Anhalt eine bundesweite Premiere: Erstmals durften hier auch nicht eingebürgerte Migranten sowie kommunal bereits zugewiesene Flüchtlinge an die Urnen treten. In 14 Städten eröffneten dazu spezielle Wahllokale. Die SPD und andere Parteien hatten sogar ihre Programme in sieben Sprachen übersetzt. Organisiert wurde diese Probewahl, deren Auszählung natürlich keinen Einfluss auf das Sonntagsergebnis hatte, vom Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. Dessen Sprecher Mamad Mohamad verfolgte damit mehrere Ziele: Zunächst möchte er ein Zeichen senden. Denn der Syrer, der mit seiner Familie in Halle lebt und arbeitet, empfindet es auch als ein „Problem für das politische System der Bundesrepublik“, wenn knapp ein Zehntel der Wohnbevölkerung nicht an Landtags- und Bundestagswahlen und „rund 5,5 Prozent an überhaupt keinen

Wahlen teilnehmen dürfen und somit formell nicht in Parlamenten repräsentiert“ wären. Vor allem aber ist für ihn diese Probewahl ein „Beitrag zu mehr politischer Bildung und Integration“.

Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik

Mohamad trifft sich hier mit Intentionen, wie sie auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global in Bonn verfolgt. Denn jenes Kompetenzzentrum – es arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – kreiert seit 2001 Strategien und gestaltet Programme zu Themen wie kommunale Partnerschaften, Migration und Entwicklung. Dazu werden örtliche Akteure u.a. durch Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote unterstützt. Zugleich setzt die SKEW eigene Modellprojekte um und gibt Hilfe bei der finanziellen Förderung

von Dialogplattformen und Kommunalpartnerschaften mit den Ländern des Südens.

Denn zu oft wird in den Kommunen noch unterschätzt, dass gerade Flüchtlinge auch Akteure im besten Wortsinne sind. Nicht nur dass sie sich oft unter lebensgefährlichen Umständen bis Deutschland durchgeschlagen haben. Viele von ihnen unterstützen nun von hier aus daheimgebliebene Angehörige mit Geld, nicht wenige fahren sogar in die alte Heimat, um selbst zuzupacken, wenn sich akute Not auftut. So starteten in Deutschland lebende Roma 2014 eine eigene Hilfsaktion, als sich zeigte, dass von der Flut in Bosnien und Herzegowina betroffene Roma keine staatliche Unterstützung erhalten. Sie sammelten Geld, Kleidung, Lebensmittel und Medikamente, beluden damit Lieferwagen und fuhren nach Bosnien und Serbien, um vor Ort zu helfen, heißt es hierzu in dem Gutachten „Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik“, das die SKEW ganz aktuell herausgegeben hat.

Allerdings hätten jene Migranten „zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, die Kommune, in der sie hier leben, oder die kommunalen Vertretungen um Unterstützung zu bitten“, konstatieren die Autoren. Und dies aus nachvollziehbarem Grund, wie sie finden: „Das Verhalten der Kommunen ihnen gegenüber erleben sie überwiegend als ausgrenzend...“ Paternalistische Sichtweisen paarten sich da mit restriktiver Politik gegenüber eigenständigen Handlungsmöglichkeiten von Flüchtlingen.

Migranten sichtbar machen

Eben damit wären zahlreiche Aktivitäten von Flüchtlingen nahezu unsichtbar, heißt es in dem Gutachten. Sie passten einfach nicht in das übliche Wahrnehmungsraster, das die Mehrheitsgesellschaft auf Flüchtlinge habe. Deshalb raten die Autoren in ersten Handlungsempfehlungen an die Kommunen: Man müsse jetzt das vielerorts schon kommunal etablierte Thema Migration und Entwicklung um eine Akteursgruppe erweitern – eben jene der Migranten und Flüchtlinge. Zügig sollten die Kommunen hierzu die Sichtbarkeit jener Menschen stärken, das entwicklungspolitische Engagement von Flüchtlingen unterstützen und auf diese Weise die Themen Flucht und kommunale Entwicklungspolitik zusammenführen.



Junge syrische Flüchtlinge in Leipzig

Engagement Global gGmbH:
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt:
www.service-eine-welt.de

Das Gutachten „Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik“ zum Download:
www.service-eine-welt.de/images/text_material-5375.img

Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen!



Kommunaler Flüchtlingskongress 2016

6. Juni 2016, Nürnberg

Eine Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Johannes Hintersberger,
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration



Programm 6. Juni 2016

09:00 Begrüßungskaffee

09:30 **Begrüßung und Einführung**

R. Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur, Behörden Spiegel

09:35 **Block „Politik“**

Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Johannes Hintersberger, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
N.N., Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*

11:00 Kaffee- und Kommunikationspause

11:30 **Block „Beschaffung und Vergaberecht“**

→ **Wirtschaftlich Beschaffen in der Flüchtlingskrise**

Rechtsanwältin Dr. Ute Jasper, Leiterin der Praxisgruppe Öffentlicher Sektor und Vergabe, Sozietät Heuning Kühn Lürer Wojtek

→ **Preisrecht und Preisprüfung: Abwehr von überhöhten Preisen**

Boris Berner, Vorstand, Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter

Matthias Werth, Rechts- und Vergabestelle, Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter

13:00 Mittagessen

14:00 **Block „Kommunale Praxis“**

→ **Integration: Spannungsfeld von Hilfsbereitschaft und Distanz**

Alois Kapinos, ehemaliger Integrationsbeauftragter der Stadt Karlsruhe

→ **Willkommenskultur vs. Sicherheit**

Hartmut Peltz, Fachbereichsleiter, Amt für Soziales und Wohnen, Stadt Essen

15:30 Kaffeepause

16:00 **Block „Asyl- und Ausländerrecht“**

→ **Neuregelungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht**

Rechtsanwalt Klaus Germer, Erster Stadtrat a.D.

→ **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahren**

Rechtsanwalt Dr. Stephan Hocks

17:30 **Zusammenfassung und Verabschiedung**

Gelegenheit für Einzelgespräche /Networking beim Kaffee

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

www.fluechtlingskongress.de

BESUCHEN SIE UNS!
KONGRESS NEUE VERWALTUNG
Zukunft Digitale Arbeit
28. – 29. APRIL 2016
WCCB BONN | STANDNR. 12

„Mit Interamt
können wir
schnell und
unkompliziert
auf Bewerbungen
reagieren. Davon
profitieren alle!“

NICOLA THOMAS
Teamleiterin Personalplanung und -entwicklung
Landeshauptstadt Magdeburg

MODERNE PERSONALBESCHAFFUNG – EINFACH, FLEXIBEL, EFFIZIENT

Das bedarfsgerecht angelegte E-Recruiting von Interamt automatisiert Standardprozesse, beschleunigt das Bewerbermanagement und macht Ihre Stellenbesetzung nachhaltig und komfortabel.

EFFIZIENZ GEWINNEN UND RESSOURCEN SPAREN: WWW.INTERAMT.DE



INTERAMT.DE

DAS STELLENPORTAL DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES